

Verschuldungsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

## Revision notwendig

Mit der Einführung des Euro wurde die Kontrolle über die Geldpolitik auf die EZB übertragen. Deshalb können die nationalen Notenbanken ihren Staaten kein "Retter in der letzten Not" sein und weitere Kredite durch Gelddruck bereitstellen. Ihr Zugang zum Kreditmarkt ist damit existenziell – will man nicht unter den Rettungsschirm geraten. Deshalb bestehen Verschuldungsregeln. Sie sind jedoch komplex und ihre Einhaltung wird lax gehandhabt. Allein zwischen 1999 und 2015 wurde die Drei-Prozent-Grenze der staatlichen Neuverschuldung 165mal überschritten. Mögliche Sanktionen in Höhe von maximal 0,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) wären möglich gewesen, doch Fehlanzeige.



VON DIRK MEYER

»Ist der Zinssatz größer als das BIP-Wachstum, wächst die Staatsschuldquote.«

Hinzu kommt die italienische Forderung, die Regeln ganz zu schleifen. Der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Bestandteil des EU-Vertrages und gilt für alle Mitgliedstaaten. Hiernach dürfen die Defizitquote drei Prozent und die Verschuldungsquote 60 Prozent im Regelfall, sprich bei normal verlaufender Konjunktur, nicht überschreiten. Der Fiskalpakt schränkt die jährliche Neuverschuldung auf ein strukturelles Defizit von 0,5 Prozent weiter ein. Bei konjunkturell schlechter Wirtschaftslage können jedoch höhere Defizite durch die EU-Kommission und den Europäischen Rat genehmigt werden – was regelmäßig geschieht. Die Verschuldungsregeln sind keinesfalls willkürlich gesetzt und ihre Nachhaltigkeit ist an Bedingungen

geknüpft. Ein als tragfähig erachteter Schuldenstand von 60 Prozent des BIP ist mit einem jährlichen Defizit von drei Prozent langfristig nur dann vereinbar, wenn das nominale Wirtschaftswachstum fünf Prozent und die Inflation zwei Prozent betragen. Das heißt, das BIP muß real mindestens um drei Prozent wachsen. Für die Eurozone waren diese Voraussetzungen in den 90er Jahren annähernd erfüllt. Doch seitdem sinkt das reale Wachstum: Lag es zwischen 2000 und 2009 bei real 1,3 Prozent, so sank es 2010 bis 2014 auf real 0,8 Prozent. Bei einem ebenfalls sehr geringen Produktivitätswachstum pro Arbeitsstunde von etwa 0,8 Prozent für diesen Zeitraum ist der Produktionsanstieg 2017 von 2,3 Prozent vornehmlich auf die gute Konjunktur zurückzuführen und eher als „Ausreißer“ zu werten.

Unter diesen Rahmenbedingungen läßt eine Schuldenquote von 60 Prozent bei einer Inflation von 1,5 Prozent und einem realen Wirtschaftswachstum von einem Prozent nur eine jährliche Neuverschuldung von 1,5 Prozent zu. Und: Die Staatsschuld steigt auch durch die jährlichen Zinszahlungen. Ist der Durchschnittszinssatz größer als das BIP-Wachstum, wächst die Staatsschuldquote ohne jegliche Neuverschuldung. Ihre Konstanzhaltung erfordert deshalb einen Primärüberschuß. Gerade in Krisenländern beißt sich da die Katze in den Schwanz.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



Pressekonferenz von Peter Altmaier in Washington: Der Wirtschaftsminister kann verstehen, daß die USA ihre industrielle Basis schützen wollen

## Vom Freihandel zum Handelskrieg

Exportpolitik: Die Unfähigkeit, mit Donald Trump diplomatisch zu kommunizieren, schadet deutschen Firmen

ALBRECHT ROTHACHER

Verkehrte Welt. Vor zwei Jahren wurde noch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft verhandelt. Nicht nur Greenpeace und Foodwatch zitterten vor dem Zwangskonsum von amerikanischem Genmais, Chlorhühnchen und Hormonfleisch. Dank Donald Trump ist TTIP vom Tisch. Der US-Präsident hat nun sogar Strafzölle – erst auf Waschmaschinen und Solarmodule aus China und Südkorea und nun weltweit auf Stahl- und Aluminiumimporte – angeordnet. Bislang gibt es nur Ausnahmen für Kanada und Mexiko, die düpierten Partner des Freihandelsabkommens Nafta. Das strebt auch die EU an. Deswegen startete in den vergangenen Tagen eine hektische Last-Minute-Diplomatie: Erst flog am Sonntag Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) nach Washington. Am Montag folgte die eigentlich zuständige EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. Auf dem G20-Treffen in Buenos Aires versuchte Finanzminister Olaf Scholz (SPD) zusammen mit seinen Amtskollegen aus Paris und Rom bei Steven Mnuchin gut Wetter zu machen. Doch wenn zeitgleich eine EU-Digital-

steuer für Airbnb, Facebook, Google, Instagram, Twitter, & Co. die Runde macht, dürfte der US-Finanzminister wohl kein gutes Wort für die Europäer bei Trump einlegen. Altmaier hingegen äußerte sogar Verständnis: Er könne es „verstehen, daß die USA ihre industrielle Basis schützen wollen“. Denn jahrzehntlang hatten die Amerikaner ihrer Stahlindustrie hauptsächlich Gewinne entzogen und nur ein Minimum investiert.

Als Ergebnis stiegen die Importe aus Kanada, Mexiko, Brasilien, Südkorea, Japan, China, Rußland, der Türkei – und der EU. Aus Deutschland stammen 900.000 Tonnen im Wert von 1,7 Milliarden Euro. Als besonders beschützte Spezialstähle sind sie nicht ohne weiteres durch minderwertige US-Produkte ersetzbar und werden sich möglicherweise trotz der Verteuerung weiter verkaufen. Zudem können US-Firmen von sich aus in Washington Ausnahmen beantragen.

Als Trump seine Strafzölle im Weißen Haus verkündete – malerisch von Stahlarbeitern in Arbeitsmontur umgeben –, begründete er dies mit der „nationalen Sicherheit“: Stahl und Aluminium sind im Panzer- und Flugzeugbau unersetzlich. Auch das Welthandelsabkommen der WTO erlaubt Handelseinschränkungen – eigentlich aber nur in Krisenzeiten. Der Hauptlobbyist U.S. Steel

– mit Stahlwerken in Illinois, Indiana, Michigan, Pennsylvania sowie Kaschau (Košice/Kassa) in der Slowakei – versprach, 500 neue Arbeiter einzustellen. Sicher ist, daß sich die Preise für Stahlträger, Autos, Elektrogeräte und Aluminiumdosen sowie die Dividenden der Stahlaktionäre erhöhen.

Ursächlich für die Krise des Weltstahls sind zweifellos die chinesischen Überkapazitäten. China erzeugt im Jahr 800 Millionen Tonnen Stahl, die oft unter Gestehungskosten auf dem Weltmarkt landen. Darauf wiesen vor zwei Wochen 107 republikanische Abgeordnete in einem Brief an Trump hin, der daher nur China abstrafen solle.

### Der Automobilindustrie droht ein Kollateralschaden

Doch bei einer weitgehenden Blockade des US-Marktes drohen weltweite Umleitungen von Stahllexporten – vor allem Richtung EU-Markt, wo sie die Preise zusätzlich drücken werden (JF 11/18). Auf der diskutierten EU-Vergeltungsliste stehen Strafzölle für US-Whiskey, Erdnußbutter, Orangensaft, Harley-Davidsons oder Kosmetika – symbolische Nadelstiche ohne große Bedeutung, die zugunsten eines WTO-Schiedsverfahrens vielleicht in letzter Minute unterbleiben werden.

Zudem könnten sie den „America first“-Präsidenten zusätzlich reizen und sogar einige politische Gegner davon überzeugen, bei deutschen Autos zuzuschlagen. 548.508 hochpreisige Audis, BMWs, Porsche, Mercedes und VW wurden 2016 nach den USA exportiert – und mit lediglich 2,5 Prozent verzollt. Auf den wenigen echten US-Cars aus Ohio oder Michigan und den vielen BMW- und Mercedes-SUV aus South Carolina und Alabama lasten hingegen zehn Prozent EU-Zoll (über 15 Prozent der EU-Einnahmen und deren wichtigste eigene Geldquelle). In Deutschland kommen zudem noch 19 Prozent Umsatzsteuer obendrauf. Ohne diese Preisaufschläge würden die Deutschen dennoch kaum Chevrolets fahren, aber

manche auf einen X3 oder X5 aus dem Spartanburg County umsteigen. Auch eine nette Geste wie der Kauf von US-Drohnen für die Bundeswehr könnte Wunder wirken, auch wenn die persönliche Chemie zwischen Trump und Angela Merkel nie funktionieren wird. Dafür würde aber der deutsche Handelsüberschuß mit den USA (2017: 64,25 Milliarden Dollar) etwas reduziert.

Auch Japan (68,84 Milliarden Dollar Überschuß), Italien (31,64), Südkorea (22,89) oder Frankreich (15,31) verkaufen erheblich mehr in die USA als von dort beziehen. Doch das Hauptduell findet zwischen den USA und China statt. Beim US-Handelsdefizit von 566 Milliarden macht jenes mit China 375 Milliarden aus. Trump verlangt, daß es um 100 Milliarden schrumpft.

Die Chinesen drohen mit Vergeltung bei ihren Sorghumhirse-Importen – die US-Südstaaten sind der weltgrößte Anbauer der Futter- und Energiepflanze. Auch die US-Sojabohnenimporte, ein 14-Milliarden-Geschäft, mit denen die Chinesen Millionen von Schweinen mästen, sind in Gefahr. Was die US-Stahlindustrie eventuell gewinnt, könnte die US-Agrarwirtschaft hingegen verlieren.

Trump kündigte dennoch die nächste Strafrunde an: 60 Milliarden schwere chinesische Technologieimporte könnten wegen der Verletzung geistiger Eigentumsrechte mit Zöllen belegt werden. Nicht zu Unrecht kritisierte er die Praxis der chinesischen Industriepolitik, westliche Firmen bei Gemeinschaftsproduktionen in China zu zwingen, ihre technologischen Geheimnisse mit ihren chinesischen Partnern zu teilen. Die deutsche Stahl- und Autoindustrie könnte zum Kollateralschaden des Duells Washington-Peking werden – leichtfertig von der laschen Berliner Verteidigungspolitik und ihrer Unfähigkeit, mit Trump diplomatisch zu kommunizieren, in die Feuerlinie geschubst.

Außenhandelszahlen Deutschland/USA:  
► www.auiw-bayern.de/Nordamerika/USA/export-import-statistik.html  
► census.gov/foreign-trade/balance/c4280.html

Ungebremster Zuzug heizt den Berliner Immobilienmarkt an

## Offene Stadt

Von Ronald Gläser

Große Aufregung um gestiegene Bodenpreise in Berlin: In Szenebezirken wie Friedrichshain gibt es Ecken, in denen der Baulandpreis von 500 Euro pro Quadratmeter auf über 5.000 Euro angestiegen ist. Tausend Prozent – da machen Spekulantentum mächtig Kasse. Andererseits: Vor zehn Jahren waren die Bodenpreise und die Mieten in der Hauptstadt relativ niedrig. In Paris ist der Quadratmeterpreis noch heute wesentlich höher. In London kostet eine Eigentumswohnung doppelt soviel wie in München. Insofern sind die steigenden Kosten in Berlin eine unschöne „Normalisierung“ – aus Sicht der Berliner Mieter und Immobilienkäufer.

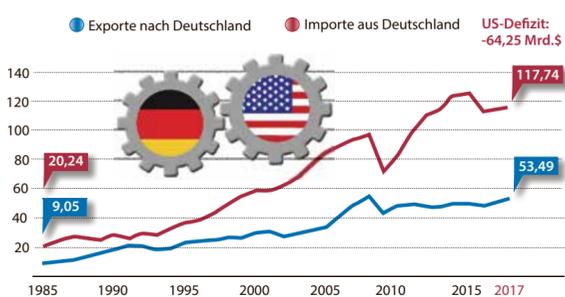
Und dennoch: In Berlin gibt es in Randlagen nach wie vor Bauland für weniger als 300 Euro. Laut Immobilienexperten ist das so niedrig wie in keiner anderen deutschen Metropole. Und bei einem Blick auf die Ursachen des Preisanstiegs zeigt sich: Spekulation ist keineswegs entscheidend. Es gibt zwei wesentliche Gründe: Die Politik des billigen Geldes zieht An-

leger – nicht zuletzt auch aus dem Euro-geretteten Südeuropa – auf den deutschen Immobilienmarkt. Berlin ist da wegen der guten Anbindung naheliegend. Wer investiert in Magdeburg, wenn er Berlin mit dem Ferienflieger erreicht? Zum anderen hat der anhaltende Zuzug nach die Mieten erheblich steigen lassen. Eine Investition in Wohnraum lohnt sich – trotz Mietpreisbremse und hoher Grunderwerbsteuer.

Diesen Zuzug gibt es seit anderthalb Jahrzehnten – extrem wurde er erst mit der Politik der offenen Grenzen. Allein 2016 zogen fast 60.000 Ausländer nach Berlin. Die wollen alle irgendwo wohnen. Sinkende Bodenpreise und auch Mieten sind erst in Sicht, wenn mehr gebaut wird, was der Senat verhindert. 2017 gab es weniger Baugenehmigungen als im Vorjahr. Außerdem müßte die Nullzinspolitik enden und der Zuzug eingeschränkt werden. Eine stärkere Abschiebung illegaler wäre eine harte, aber wirksame Methode. Andersfalls wird der Preisanstieg noch weitergehen.

### Handel USA-Deutschland 1985–2017

in Mrd. Dollar



### Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin  
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 - Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse: \_\_\_\_\_ Kundennummer: \_\_\_\_\_  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. (kein Postfach): \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST  
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:  
[jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

Thorsten Schulte

#### Kontrollverlust

Wer uns bedroht und wie wir uns schützen

Die Bundesregierung verstößt gegen Recht und Gesetz, die Brüsseler Technokraten reißen immer mehr Macht an sich; Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sind in Gefahr! Es liegt an uns allen, unsere Meinungsvielfalt, Privatsphäre, Rechtsstaatlichkeit und unser Bargeld zu bewahren. 288 S., geb.



Best.-Nr.: 93521

EUR 19,95

Bruno Bandulet

#### Beuteland

Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945  
Welche materiellen und geistigen Werte wurden den Deutschen in sieben Jahrzehnten genommen? Was steckt hinter der europäischen Integration und der Masseneinwanderung, und wie verkam der Euro zum Entzweiungsprogramm? Bruno Bandulet entlarvt die Verschönerung der Eliten! 333 S., geb.



Best.-Nr.: 93140

EUR 19,95

Kathrin Hartmann

#### Die grüne Lüge

Weltretung als profitables Geschäftsmodell  
Greenwashing, also das Bemühen der Konzerne, ihr schmutziges Geschäft hinter Öko- und Sozialversprechen zu verstecken, ist erfolgreicher denn je. Je gebildeter die Zielgruppe, je schädlicher das Produkt und je absurder das Öko-Versprechen, desto eher wird die grüne Lüge geglaubt. 240 S., Pb.



Best.-Nr.: 93796

EUR 15,00

Jörg Bibow, Heiner Flassbeck

#### Das Euro-Desaster

Wie deutsche Wirtschaftspolitik die Eurozone in den Abgrund treibt  
Der Euro steckt in einer Krise, die den Bestand der Währungsunion gefährdet. Doch Deutschland verweigert sich der Einsicht, dass es selbst eine entscheidende Schuld an der Misere hat. Austeritätspolitik, Arbeitsmarktflexibilisierung und Lohnsenkungen haben die Krise verstärkt. 224 S., Pb.



Best.-Nr.: 93792

EUR 20,00

Rainer Zitelmann

#### Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung

Eine Zeitreise durch 5 Kontinente

Brauchen wir weniger Markt und mehr Staat? Der Bestsellerautor Rainer Zitelmann zeigt anhand vieler Beispiele von Ländern auf der ganzen Welt, daß durch Vertrauen auf den Markt der Wohlstand steigt. Ein hochaktuelles Buch angesichts wachsender planwirtschaftlicher Einmischung! 288 S., geb.



Best.-Nr.: 93818

EUR 24,99

Hans-Werner Sinn

#### Auf der Suche nach der Wahrheit

Autobiografie  
Hans-Werner Sinn hat wie kein anderer in den letzten Jahrzehnten die wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten in Deutschland geprägt. Er gilt als einflussreichster Ökonom im deutschsprachigen Raum. In seiner Autobiografie zieht er die Bilanz eines außergewöhnlichen Lebens. 672 S., Abb., geb.



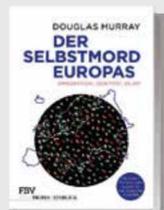
Best.-Nr.: 93804

EUR 28,00

Douglas Murray

#### Der Selbstmord Europas

Immigration, Identität, Islam



Europa scheint unfähig zu sein, seine Interessen zu verteidigen. Warum haben die europäischen Regierungen durch ihre Förderung der Masseneinwanderung einen Prozess angestoßen, der zum Selbstmord Europas führt? Douglas Murray hat die Ursachen und Entwicklungen genau studiert ... 384 S., geb.,

Best.-Nr.: 93814

EUR 24,99

Abbildungen können vom Original abweichen!